

## **Bericht der Superintendentin zur Herbstsynode des Evangelischen Kirchenkreises Solingen am 8./9.11.2019**

Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder!

Als ich in diesem Jahr anfang, über den Bericht für diese Synode nachzudenken, hatte ich schnell zwei Stichworte und ein Gefühl in Kopf und Bauch.

Das Gefühl zuerst: „Himmel, wie soll ich das schaffen?“ Dieses Gefühl ist typisch für mich in 2019, und viele von euch und Ihnen haben es immer mal wieder geteilt: „Himmel, wie soll ich das schaffen?“ Dieses Jahr war ungeheuer voll, mit dem *Wechsel in der Geschäftsführung des Diakonischen Werkes*, der *Vakanz in Ketzberg*, dem Bemühen um den *Fortbestand des Jugendreferates*, mit vielen Kundgebungen auf der Straße und viel Öffentlichkeit, vielen Verabschiedungen, Begrüßungen, Entscheidungen, und so vielem in den Arbeitsgebieten und Gemeinden, vom *sanierten Turm* bis zum *maroden Dach*, vom Jubiläum des *Lutherkirchenbauvereins* bis zur neueröffneten *Rupelrather Kirche*, vom rauschenden Theaterabend mit *Gaudium* bis zum Theater mit zögerlichen Investoren für die Margarethenstraße, von der *1000-Jahr-Feier in Wald* bis zu 1000 alltäglichen Widrigkeiten.

„Himmel, wie soll ich das schaffen?“ – Ja, das Jahr war ungeheuer voll, an Arbeit, an Entscheidungen, an Unsicherheit, aber auch an Zusammenhalt, an Unterstützung, die ich bekommen habe von euch und Ihnen und die wir einander geben konnten, reich an der Erfahrung, getragen zu sein und nicht allein unterwegs zu sein und nicht allein gelassen.

„Himmel, wie sollen wir das schaffen?“ – Unter der Fülle der Aufgaben lag für mich eine Ebene tiefer die Frage, was denn dieses „Das“ eigentlich ist, das ich, das wir schaffen wollen und sollen. Damit knüpfte ich an die Fragen, die ich im letzten Jahr im Sup.bericht aufgeworfen habe: Wie wollen wir in unserer Zeit Kirche sein? Und: Wofür wollen wir als Kirche jetzt öffentlich eintreten? Sie haben mich weiter begleitet, diese Fragen: bei der Reflexion, was denn von dem, was getan werden will, wirklich wichtig und was bloß dringend ist; sie haben mich begleitet im theologischen Nachdenken und Lesen, im Gebet und im Gottesdienst. Und sie haben mich zu den oben erwähnten zwei Stichworten geführt, mit denen ich in diesem Jahr den Bericht ordnen will und die vielleicht Richtschnüre werden können für die nächste Zeit.

Die Stichworte sind: Herausforderungen und Orientierungen. Und beim ersten meine ich Herausforderungen ganz praktisch-räumlich und denke an das, was uns aus den Kirchen und Büros und Gemeindehäusern herausgerufen hat, auf die Straße, an andere Orte. Beim zweiten liegt der Akzent auf dem Diskurs, den Vereinbarungen und Planungen in Presbyterien, Ausschüssen, KSV und Synoden. Sauber zu trennen ist beides, das wird Sie nicht

überraschen, nicht. Aber die Kippunkte, wo das eine in das andere übergeht, sind vielleicht die interessanten Momente, an denen wir ins Gespräch kommen können.

## I. Herausforderungen: nach draußen gerufen

Gefühlt war ich in diesem Jahr auf so vielen Demonstrationen und Kundgebungen wie noch nie. Da waren die Veranstaltungen vor der *Europawahl* mit der großen Sorge vor einem massiven Rechtsruck. Da war die von uns als Synode wesentlich mitinitiierte *Seebrückenkundgebung* „Solingen steht für sichere Häfen“ direkt nach den Sommerferien. Da war die *Kundgebung* „Solingen steht für Grundrechte“ und vor allem für Religionsfreiheit auch für die muslimischen Gemeinden bei uns am selben Tag, an dem die AfD Solingen Michael Stürzenberger sieben Stunden gegen den Moscheeneubau an der Schlachthofstraße reden ließ – eine Demo, die alters- und herkunftsmäßig bunter gemischt war als viele andere.

Da waren der 2. *Solinger Kippa-Tag* und die spontane *Kundgebung nach dem Anschlag von Halle* vor vier Wochen und klare Worte *gegen Antisemitismus*. Da waren Einladungen zu den Protestaktionen der jungen Leute von *Fridays for Future* und der Appell für eine nachhaltige Klimapolitik. Und da war wie seit fast drei Jahren an jedem ersten Donnerstag im Monat die *Mahnwache für den Frieden* auf dem Neumarkt.

Daran zeigt sich, dass viele Menschen in Solingen der Meinung sind, es sei in unseren Tagen nötig, sichtbar auf die Straße zu gehen, weil die unruhige politische Lage leicht dazu führen kann, unsere freiheitliche Demokratie schwer zu beschädigen oder so zu verändern, dass sie nicht wiederzuerkennen ist.

Daran zeigt sich, dass Solingen eine gut vernetzte Zivilgesellschaft hat und dass wir als Evangelischer Kirchenkreis und über die *Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen* ein fester Bestandteil davon sind.

Daran zeigt sich aber auch, dass wir auch gemeinsam längst nicht alle erreichen und es uns einfach nicht gelingt, über unseren Tellerrand hinaus zu kommen. So sehr und so ernsthaft es viele von uns auch versuchen.

Darüber stellt sich die Frage, was für uns als Christinnen und Christen den Ausschlag gibt, uns nach draußen rufen zu lassen; es stellt sich die *Frage, was uns darin Orientierung gibt*, denn es kann ja nicht darum gehen, dass wir um der Bewegung an der frischen Luft willen bei jeder Demo mitlaufen – es stellt sich die Frage nach „öffentlicher Theologie“.

Was ist das, „öffentliche Theologie“? Im Rückgriff auf eine Vorlesung des jetzigen Ratsvorsitzenden Bischof Bedford-Strohm will ich das in ein paar Sätzen erläutern: Öffentliche Theologie knüpft an die Überzeugung, dass Gott nicht nur in der Kirche, sondern in der ganzen Welt wirkt, und an das staatliche Bekenntnis zur positiven Religionsfreiheit, mit dem weder eine religionsdistanzierte Haltung noch die fraglose Voraussetzung von Religion standardisiert wird. Öffentliche Theologie bejaht bewusst die demokratischen

Willensbildungsprozesse und ihre partizipatorischen Möglichkeiten. Wo diese Prozesse durch Machtungleichgewichte gefährdet sind, stellt sie ihren Wert nicht in Frage, sondern müht sich umso mehr um ihre Verteidigung und Pflege. Öffentliche Theologie ist überzeugt: Als Zeugin des Reiches Gottes muss die Kirche "zweisprachig" werden, sie muss auch die säkulare Sprache sprechen, um theologische Gesichtspunkte in die öffentlichen Diskurse einbringen und plausibel machen zu können. Kirchen als Akteurinnen in der Zivilgesellschaft brauchen die öffentliche Theologie als Basis, als kritisches Gegenüber, das sie immer wieder herausfordert und ihr theologische Orientierung gibt.

Dieser „öffentlichen Theologie“ entspricht das Verständnis einer "öffentlichen Kirche". Sie versteht sich weder als Kontrastgesellschaft, die ihre Identität in der Andersheit gegenüber der Welt sucht, noch als Hebamme der Selbstvergewisserung einer christlich geprägten Welt, die ausspricht, was die Welt von sich eigentlich schon weiß. Öffentliche Kirche verbindet ein klares theologisches Profil mit dem Bemühen und der Fähigkeit zur Plausibilisierung. Sie geht davon aus, dass die Öffentlichkeit einen Anspruch auf kirchliche Äußerungen und kirchliche Beiträge zu gesellschaftlichen Debatten hat, weil die Religion helfen kann, wichtige Einsichten zu erschließen, die modernen säkularen Menschen verloren gegangen sind und die bloß vom Standpunkt der Vernunft aus nicht gewonnen werden können. Es geht darum, von den Traditionen her, aus denen die Kirche lebt, inspirierende Kraft für die ganze Gesellschaft zu entfalten.

Dabei, so Bedford-Strohm, gibt es vier wichtige Dimensionen öffentlich-theologischer Rede – und damit komme ich nach Solingen zurück:

Die erste Dimension ist die pastorale, sie bezieht sich auf den Umgang mit öffentlichen Katastrophen und hilft, über dem sprachlos Machenden wieder eine Sprache zu finden. Dazu gehören der *Gedenkgottesdienst an den 75. Jahrestag der Bombenangriffe* auf Solingen im November 1944, die kirchliche Beteiligung an den *Gedenkstunden zum Brandanschlag am 29. Mai 1993* und zur *Pogromnacht am 9. November 1938*, aber auch unsere *Kanzelabkündigungen* oder *Erklärungen* wie zuletzt anlässlich des antisemitischen Anschlags in Halle.

Die zweite Dimension, die Bedford-Strohm nennt, ist die diskursive. Dabei geht es darum, dass Kirche und Kirchenleute mitmachen bei der Suche nach und dem Streit um die richtigen Wege und Antworten auf gesellschaftliche Fragen, vor allem solche, die zum Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gehören – dabei, so meine ich, sollte Kirche mittun an der Meinungsbildung und dafür einstehen, dass diese Themen intensiv und menschenfreundlich weitergedacht werden. Dazu gehört es praktisch, dass ich mitmache in der *neuen Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum e.V.*; dass wir die „*Charta der Vielfalt*“ unterzeichnet haben, eine Selbstverpflichtung zu Diversität in der Mitarbeitenden-schaft, die mit der kirchlichen Initiative zur interkulturellen Öffnung verwandt ist; dass wir uns einladen lassen zu Podien und Diskussionsveranstaltungen wie „*nachfragen erwünscht*“ oder „*Wo sind unsere Grenzen?*“ am nächsten Dienstag oder zum *Zukunftsgespräch der SPD* im letzten Februar: was mich angeht, so sage ich da, wenn es geht, zu – auch wenn ich dann oft kurz vorher ziemlich unsicher bin und mich frage, was ich eigentlich beitragen kann.

Diese Unsicherheit zu überwinden ist wichtig für uns, denn von selbst kommt die kirchliche

Perspektive nicht zum Tragen. Etwa bei den *Fraktionsbesuchen zum Thema „Sichere Häfen“*, die einige von uns im September gemacht haben und die auch hierhingehören, sind wir immer zu zweit gegangen, was schon eine Menge geholfen hat – und bei den GesprächspartnernInnen gut angekommen ist. Danke allen, die da mitgemacht haben!

Zur diskursiven Dimension gehören aber auch Veranstaltungen und Projekte, mit denen wir selbst Diskurse anschieben oder Themen bearbeiten. Dazu gehört etwa das *Grundgesetzprojekt* mit der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen und dem runden Tisch der Religionen, der *Akademietag „Der ungläubige Mensch“* zu Glaubensfragen in unserer Zeit, aber auch unser *Schutzkonzept gegen Verstöße gegen die sexuelle Selbstbestimmung* oder der *Abend der Begegnung*, der in diesem Jahr ein Podium mit jungen Leuten der 1990er Jahrgänge zur Frage nach gesellschaftlichem Zusammenhalt zu Wort kommen ließ.

Die dritte Dimension ist die politik-beratende. Hier geht es um Sachkompetenz und Orientierungskompetenz und die konkrete Mitarbeit von Christenmenschen mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen in den politischen Gremien, etwa in *städtischen Ausschüssen wie dem Jugendhilfeausschuss, der Solinger Nachhaltigkeitskonferenz, dem runden Tisch zur Regelung der verkaufsoffenen Sonntage, den Bündnissen für Toleranz und Zivilcourage* und *Bunt statt Braun* und den *Demokratiekonferenzen*.

Als vierte und letzte Dimension nennt Bedford-Strohm die prophetische Rede. Sie ist eine zu tiefst biblische Redeform, die uns ein bisschen abhanden gekommen ist, mit der aber auch vorsichtig umzugehen ist. Prophetie weist auf einen moralischen Skandal hin, der offensichtlich ist, und zielt auf intensivere Anstrengungen zur Lösung oder Auflösung der skandalösen Zustände. Denken Sie an Amos' Wutrede gegen oberflächliche Gottesdienste und Lippenbekenntnisse und für den Einsatz für gerechte Verhältnisse. Prophetische Rede bedarf der Vollmacht, die in der evangelischen Kirche durch Ordination und Wahl übertragen wird, sie soll konkret situationsbezogen sein, den Diskurs öffnen und demütig sein: Propheten und Prophetinnen sollen und dürfen sich nicht mit Königen oder politischen Mandatsträgern verwechseln. Als wir bei unserer *Synodaltagung im Juni* gesagt haben: „Lebenretten ist kein Verbrechen, sondern Christenpflicht“ und auf den Skandal des Massensterbens von Flüchtenden im Mittelmeer erneut hingewiesen haben, da haben wir prophetisch geredet. Und die Stadt hat sich auf unsere Bitte hin zum sicheren Hafen erklärt und die EKD hat beschlossen, ein Schiff auszurüsten. Nicht nur wegen uns, aber auch wegen uns. Und als die Lutherkirchengemeinde mit ganz vielen anderen im Januar zur Andacht vor Tagesbeginn gerufen hat, um ihren Schützling im *Kirchenasyl* vor der angedrohten Abschiebung zu schützen, da hat sie prophetisch gehandelt. Sie hat auf den Skandal einer Abschiebep Praxis, die nicht zuerst das Wohl des Schutzbedürftigen im Blick hat, hingewiesen. Und sie hat auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht, die durch die fatalen Dublin-Abkommen zur europäischen Asylpolitik, die immer nur die Küstenländer belasten, hervorgerufen wurden. Viele haben geholfen und uns alle unterstützt und ein vorerst glückliches Ende möglich gemacht. Heute ist Mostafa FSJ-ler in der Gemeinde. Aber immer noch und wieder ist er von Abschiebung bedroht.

Es wäre sicher möglich, noch mehr Beispiele zu nennen, wie viele im Kirchenkreis Solingen öffentlich Kirche sind und zeigen, wie wir öffentliche Theologie entwickeln. Inhaltlich mischen wir uns, das habe ich eben schon gesagt, vor allem bei Themen ein, die zum Prozess Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung gehören. Das kommt nicht von ungefähr. Zum einen, weil wir im Kirchenkreis ja für 2019 ein *Friedensjahr* ausgerufen haben und ausführlich mit Predigten, Feiern und Konzerten, Veranstaltungen und Verlautbarungen dem nachgespürt haben, was „gerechter Friede“ ist und wie darin die drei Begriffe Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zusammengehören. Zum anderen, weil die *Kirchenordnung unserer Evangelischen Kirche im Rheinland* in ihrem ersten Artikel, der die Aufgaben der Kirche auf allen Ebenen in Gemeinden, Kirchenkreisen und Landeskirche formuliert, den der Kirche „aufgegebenen Dienst im öffentlichen Leben“ genau damit beschreibt: „Sie tritt ein für die Beachtung der Gebote Gottes, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und die Heiligung des Sonntags und der kirchlichen Feiertage.“ (Art 1 KO)

Die Zeit, in der wir diese Aufgabe und unseren Dienst am öffentlichen Leben wahrnehmen, ist geprägt durch einen zunehmend rau und hasserfüllt werdenden politischen Umgangston und eine wachsende Gewaltbereitschaft. Dazu kommt ein Erstarren der rechtskonservativen Parteien in fast ganz Europa und deren Strategie der undeutlichen Abgrenzung gegen rechts-extreme Strömungen, was die Gesellschaft zunehmend polarisiert. Es ist zehn Jahre her, dass Thilo Sarrazin in einem Interview über die „Produktion“ von Kopftuchmädchen und die „Lieferung“ von muslimischen Bräuten sprach und damit Menschen respektlos verdinglichte. Es ist gut drei Jahre her, dass Frauke Petry, damals noch AfD-Vorsitzende, meinte das Adjektiv „völkisch“ teilweise wieder verwendbar machen zu können. Es ist kein halbes Jahr her, dass der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke ermordet und die Tat in rechten Netzwerken gefeiert wurde. Und es ist erst wenige Wochen her, dass ein Gericht feststellte, eine Frau, die in der Öffentlichkeit stehe, müsse Beleidigungen wie „Drecksfotze“ wegstecken. Mitte Oktober trat der sächsische Landesbischof Rentzing zurück, weil er seiner Landeskirche frühere Aufsätze verschwiegen hat, in denen er die universale Geltung der Menschenrechte bestritten hatte. Immer mehr macht sich ein Denken breit, das bestimmte Menschengruppen als „Andere“ stigmatisiert und Hasspostings und Gewalt ausliefert. Und dieses Denken macht vor den Kirchentüren nicht Halt.

Solches Denken greift aber die biblische Botschaft, dass alle Menschen Gottes Geschöpfe sind und er will, dass alle Menschen gerettet werden, im Kern an. So wenig die Bibel ein uniformes Menschenbild hat – neben der Schöpfungsunterscheidung in männlich und weiblich gibt es die Erwählungsunterscheidung in Israel und die Völker und die situative Wichtigkeit der Einzelnen in den Begegnungen mit Jesus Christus –, so wenig kennt sie grundsätzliche und unüberwindbare Trennungen zwischen Menschengruppen: „Sie sind alle einer in Christus“. Alle Spielarten von Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind mit der Bibel nicht zu haben, und die Anerkennung der spezifischen Unterschiede zwischen Menschen und Menschengruppen wird durch den Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gesellschaftspolitisch gestaltet.

Ich bitte Sie und euch darum alle, nicht müde zu werden, die Menschenfreundlichkeit Gottes weiterzusagen und weiterzugeben und unsere Gemeindehäuser und Kirchen als Orte der Diskussionen und Debatten anzubieten, und unsere Gegenwart an Schulen, in Krankenhäusern und an anderen öffentlichen Orten für Diskussionen und Debatten zu nutzen. Es ist schwer, über den Tellerrand zu kommen. Aber wo es möglich ist, sollten wir es tun.

## II. Orientierungen: die innere Ordnung weiterentwickeln

Im Frühjahr wurde die *Freiburger Studie* zur Entwicklung der Mitgliederzahlen und des Kirchensteueraufkommens bis 2060 vorgestellt. Für unsere Kirche bestätigt es: Dass wir kleiner werden, müssen wir akzeptieren. Ein Teil des Mitgliederverlustes ist demographisch bedingt. Ein anderer Teil ist auf ein verändertes Tauf- und Austrittsverhalten zurückzuführen. Dieser Teil ist grundsätzlich beeinflussbar durch kirchliches Handeln, durch kreative Einladungen zu Tauffeiern und durch Ideen, vor allem die Kirchenbindung bei jungen Leuten zwischen 15 und 25 zu verstärken. Wir haben bei der Sommersynode motiviert durch unsere *Junge-Erwachsenen-Visitation* darüber nachgedacht und *Projekte* entwickelt: Freizeiten für junge Erwachsene, Trauseminare, Jugendkirche und open space-Kirche, Fußgängerzonen-Aktivitäten werden ausprobiert unter dem Motto: „18 plus und Lust auf Kirche – wohin?“ Sicher wird was Tolles dabei sein. Und wir sollten dran bleiben. Aber uns nicht chronisch überfordern und akzeptieren: Kirchenmitgliedschaft hat sich verändert. Menschen bleiben nicht unbedingt ihr Leben lang bei uns. Und manche bleiben gar nicht. In großen Zahlen werden wir kleiner, rutschen in den nächsten Jahren unter 50% der Gesamtbevölkerung, alle Kirchen zusammen. Dennoch: in Solingen können wir groß bleiben, unabhängig von den Mitgliedszahlen, durch begeisterte Kirchenmenschen, geistvolle Angebote und geistreiche Kollegialität. Innen üben wir es, über den Tellerrand zu blicken: die *Gemeindenachbarschaftsgespräche* gehen weiter, das vierblättrige „Kleeblatt“ der Altsolinger Gemeinden mit Widdert trifft sich mittlerweile regelmäßig, das „Trio“ im Westen hat den Faden im September wieder aufgenommen und für Ende April zudem einen gemeinsamen Presbyteriumsabend geplant, Ketzberg und Gräfrath kooperieren immer enger. Der KSV hat sich *zum zweiten Mal mit dem Wuppertaler KSV getroffen* und will diese Treffen zukünftig zweimal jährlich durchführen – mit dem Ziel, zu einer Weggemeinschaft zu kommen, die gegenseitige Information, Beratung und Unterstützung umfasst. Unser *Verwaltungsamt* geht auf eine Kooperation mit dem Wuppertaler Amt im Bereich Personal zu – dazu wird Frau Weil mehr sagen. Wir alle spüren es: die Veränderungen gehen weiter, für manche überwiegen die Chancen, für manche die Belastungen, so oder so kostet es uns alle Energie, unsere inneren Strukturen als Solinger Evangelische Kirche unserer presbyterial-synodalen Grundordnung gemäß weiterzuentwickeln.

Bei der Sommersynode haben wir darum unter dem *Stichwort „Klingenkirche 2030“* erste Ideen aus der KSV-Klausur zu den inneren Perspektiven mitgeteilt. Diese ersten Ideen werden zur Zeit in den Gemeinden diskutiert und sollen mit der „neuen“ Synode nach den

Presbyteriumswahlen weiterentwickelt werden. Aus meiner persönlichen Sicht möchte ich heute ein paar Sätze zu der Ausgangslage und zu den beiden Szenarien, die wir entworfen haben, sagen.

Zur Ausgangslage: Der KSV ist überzeugt, dass wir, wenn wir nichts ändern, platt gesagt vor die Wand fahren. Warum? Wir haben schon jetzt drei Gemeinden, die keine ganze Pfarrstelle mehr haben und zur Aufrechterhaltung der gemeindlichen Arbeit die Unterstützung aus dem gesamten Kirchenkreis mindestens für Urlaub und Krankheit brauchen. Wenn wir, was aus finanziellen Gründen erwartbar ist, mittelfristig weitere Pfarrstellen abbauen, haben wir 2030 sechs Gemeinden, die keine ganze Pfarrstelle mehr haben. Auch wenn die Menge der gemeindlichen Arbeit diesen reduzierten Möglichkeiten angepasst werden muss: Die solidarische Unterstützung im ganzen Kirchenkreis wird immer wichtiger werden. Natürlich gibt es nicht nur PfarrerInnen, sondern auch andere Hauptamtliche und PrädikantInnen, aber die sind auch jetzt schon gut beschäftigt und können quantitativen Rückgang nicht völlig auffangen.

Wir haben jetzt ungefähr 15 Gottesdienststätten in gemeindlicher Trägerschaft, die mit erheblichem Zeit-, Kirchensteuer- und Spendenaufwand renoviert, saniert oder nur in Schuss gehalten werden. Bisher entscheidet darüber allein die jeweilige Gemeinde, und noch klappt das, weil jede Gemeinde mindestens ein Gebäude erhalten kann, aber oft klappt es nur sehr knapp. Und irgendwann ist es soweit, dass Zeit und Geld einer Gemeinde nicht mehr reichen, um das zu gewährleisten – und wir sollten uns vorher entscheiden, ob wir dann an vielen Orten halbe Sachen machen oder an weniger Orten was Ganzes zustande bringen wollen. Mir wäre das letztere lieber und ich bin sicher: Wir müssen in den nächsten zehn Jahren die inneren Vorbereitungen treffen, damit wir dieser Aufgabe synodal gewachsen sind.

Wir haben noch vier „große“ A- oder B-Kirchenmusikerstellen. Aber die erste Gemeinde überlegt hörbar, ob sie sich das noch leisten kann – auch da ist die synodale Gemeinschaft gefragt, ob es nicht gemeindeübergreifende Lösungen geben kann, die möglichst viel Ausstrahlungskraft der musikalischen Arbeit erhalten. Dieselbe Überlegung können wir für Jugendmitarbeitende durchbuchstabieren – für alle kirchlichen Berufe geht es darum: Gelingt es uns, attraktive Arbeit durch attraktive Stellen zu sichern?

Von diesen Überlegungen ausgehend sind die beiden Szenarien von „Klingenkirche 2030“ entwickelt worden: beide sollen es leisten, die Bindekraft im Stadtteil mit der verbindlichen Zusammenarbeit für die Stadt zu verbinden. Sie unterscheiden sich darin, welche Größe sie verändern wollen: Entweder, wir behalten die sozialen Einheiten der Gemeinden ungefähr bei, verändern aber unseren Begriff von Gemeinde, oder wir behalten unseren Begriff von Gemeinde ungefähr bei, vergrößern aber die sozialen Einheiten der Gemeinden. Im ersten Fall heißt das, wir übertragen nach und nach die Verantwortung für das meiste Personal und die wesentlichen Gebäude auf die kreiskirchliche, synodale Ebene. Im zweiten Fall heißt das, Gemeinden fusionieren so lange, bis die neuen Einheiten groß genug sind, volle Stellen und nachhaltiges Gebäudemanagement zu gewährleisten. Im ersten Fall liegt die konzeptionelle Arbeit auf synodaler Ebene, im zweiten Fall liegt sie bei den jeweils beteiligten Gemeinden.

Für beide Modelle gilt: aus heutiger Sicht wird übergemeindliche Arbeit und Verantwortung größer. Alle müssen über den Tellerrand gucken.

Der KSV hat sich im Frühjahr für das erste Modell ausgesprochen, also die weitgehende Beibehaltung der sozialen und geistlichen Gemeindegrenzen und Profile bei sukzessiver, geordneter Übertragung wesentlicher Verantwortungsbereiche auf die synodale Ebene. Die Argumente, die für uns wichtig waren: die Bindekraft kleiner Einheiten ist größer als die großer Gemeinden; die geistlichen Profile benachbarter Gemeinden passen bei uns nicht so ohne weiteres gut zusammen und würden in Fusionen Schaden nehmen; Presbyterien, die von administrativen Aufgaben entlastet wären, könnten ihre geistlichen Aufgaben besser wahrnehmen. Und: Solingen ist insgesamt nicht zu groß, so dass die synodale Ebene die Besonderheiten der Gemeinden im Blick haben und trotzdem Profilbildung fördern kann.

Wie ich mir das konkret vorstelle? Natürlich habe ich nicht alles schon im Kopf, aber ich versuche mal eine Vision im Blick auf den Pfarrdienst: Bisher sind wir in der Synode für unser Rahmenkonzept immer den Bedarfen der Gemeinden gefolgt. Das hat dazu geführt, dass wir deutlich weniger Pfarrdienst haben als landeskirchlich empfohlen. Wir haben zwar darauf geachtet, dass keine Gemeinde einseitig am Pfarrdienst spart, aber das Ergebnis ist, wie es ist. Und wir spüren die Engpässe. Wir könnten also jetzt das Vorgehen ändern und im nächsten Herbst, wenn wir die *Pfarrstellerahmenkonzeption* fortschreiben, als Synode positiv festlegen, wie viele Stellen im Gemeindedienst wir im nächsten fünf-Jahres-Zeitraum vorhalten wollen. Weil wir jetzt schon unter den Empfehlungen sind, könnte der Beschluss lauten: Wir halten an den jetzt 16 Gemeindestellen fest. Soweit, so einfach und machbar. Nun wird es aber irgendwann so kommen, dass eine Gemeindestelle frei wird, und die Gemeinde hat nicht die Ressourcen, sie neu zu besetzen, oder will die Ressourcen dafür nicht aufbringen oder jedenfalls nicht auf lange Sicht festgelegt sein. Wenn sie nicht will, bindet sie dann der Synodalbeschluss, wenn sie nicht kann, ist guter Rat teuer: es legt sich der Gedanke nahe, dass eine Synode, die will, dass ihre Beschlüsse umgesetzt werden, auch die Finanzierung mitbeschließen muss. Darum wäre es sinnvoll, bald nach einer Festlegung der Pfarrstellenzahl auch über eine Umlagefinanzierung, wie wir sie für die kreiskirchlichen Stellen schon haben, zu beraten. Damit wären diese Stellen jeweils für den Planungszeitraum synodal abgesichert, und im Fall einer Neubesetzung müsste nicht die Gemeinde allein das langfristige finanzielle Engagement prüfen und tragen, sondern die Gemeinschaft der Gemeinden. Wenn alle alle PfarrerInnen bezahlen, ist auch Vertretung leichter über Gemeindegrenzen zu regeln; jetzt kann es, zugespitzt gesagt, dazu kommen, dass eine Gemeinde Stellenanteile einspart, aber die anderen dafür aufkommen, dass die Arbeit doch gemacht wird. Alle PfarrerInnen würden einen Einsatzschwerpunkt wie jetzt haben und in bestimmte Zusatz- oder Vertretungsaufgaben eingebunden werden – das würde kollegial-synodal vereinbart. Bei Pfarrwahlen wäre die Gemeinde, in der der Schwerpunkt liegt, zuständig, und die kreiskirchliche Ebene würde beratend einbezogen, so ähnlich wie jetzt auch. Wo Stellenanteile verlässlich aus Spenden finanziert werden können, werden sie in der jeweiligen Gemeinde hinzugeplant. Gegenüber der jetzigen Praxis würden die Gemeinden, die verhältnismäßig weniger Pfarrdienst haben, einen größeren Anteil zahlen, die Gemeinden, die verhältnismäßig eher



viel haben, weniger. Es braucht also gute Überlegungen, wie ein Übergang geschaffen werden kann. Mit dieser Umlage-Regelung würde ein Teil der gemeindlichen Verantwortung und Finanzkraft zur synodalen Ebene verschoben. Viele Kirchenkreise verfahren übrigens schon lange so und haben bei der Abschaffung der Umlage I 1996 gleich auf kreiskirchliche Umlage umgestellt. Auf Dauer würden sich Wechselwirkungen mit anderen Berufsgruppen ergeben, so dass es sinnvoll sein könnte, sukzessive zumindest KirchenmusikerInnen, JugendmitarbeiterInnen und diakonischen bzw. sozialen Dienst ähnlich gemeinsam zu vereinbaren. Dienst-anweisungen und Dienstvereinbarungen blieben in der Verantwortung der Gemeinde, in der der Arbeitsschwerpunkt liegt und die Anstellungsträger bleiben, und würden ausdrücklich nicht vereinheitlicht.

Es würde uns gelingen, gemeinsam Schwerpunktentscheidungen zu fällen – und nicht nur in engen Grenzen zu reagieren. Jedenfalls sehe ich darin Chancen und würde gern mit euch und Ihnen daran weiterdenken und das Verhältnis von presbyterialer Selbstständigkeit der Gemeinden und synodaler Gemeinsamkeit im Kirchenkreis austarieren.

Neben den Gemeinden wird unser Kirchenkreis geprägt von seinem Diakonischen Werk. Es wirkt vielfältig und intensiv in die Stadtgesellschaft hinein. Dass mit Horst Koss, Friederike Stratmann und Angelika-Spilker-Jacobs gleich drei wichtige langjährige Führungskräfte in einem Kalenderjahr in den Ruhestand gingen, hat das Werk gründlich durchgerüttelt. Um damit umzugehen, sind Jo Römelts als Diakoniepfeffer und ich in diesem Jahr sehr präsent gewesen im Haus der Evangelischen Kirche. Außerdem haben wir schon angefangen, das *neue Organigramm*, das nur mehr eine Geschäftsführung und eine neu eingerichtete Teamleitendenrunde umfasst, mit Leben zu füllen. Wir sind sehr froh, dass wir mit Ulrike Kilp eine sehr engagierte und hochkompetente *neue Geschäftsführerin* gefunden haben. Und ich danke allen Mitarbeitenden des DW herzlich für alle Bereitschaft, bei den Veränderungen mit Tatkraft, Nachdenklichkeit und Geduld mitzumachen.

Aus den kreiskirchlichen Arbeitsgebieten ist in diesem Jahr besonders das *Jugendreferat* zu erwähnen. Margit Rolla geht nach vielen, vielen Jahren in den Ruhestand – und auch hier haben wir gemeinsam mit dem synodalen Ausschuss, den Hauptamtlichen, dem Hackhauser Hof und unserm Schulreferat etwas Neues geplant: einmal, weil unsere Finanzen kein einfaches „Weiter so“ ermöglichen. Zum anderen, weil wir meinen, dass es heute mehrere Wege braucht, um junge Menschen anzusprechen. So ist das *Brückenschlagprojekt zur schulbezogenen Jugendarbeit* entstanden, das in 2020 startet und die zweite Hälfte unseres neuen Referates bildet, die der Kirchenkreis aus Rücklagen erst mal für drei Jahre finanziert – mit dem Ziel, dass wir andere Geldtöpfe für eine längere Laufzeit erschließen. Der *neue Jugendreferent* Dennis Längert beginnt am 1.1.2020 und ich bin sehr gespannt, wie dann alles klappt! Herzlichen Dank jedenfalls allen, die im letzten Jahr mitgedacht und mitgekämpft haben um eine gute Fortführung der kreiskirchlichen Jugendarbeit!

Ebenfalls neu in diesem Jahr ist der *14-tägige Newsletter*, den Thomas Förster unterstützt von Kerstin Heider, Theresa Demski, Jörg Schmidt und mir schreibt und bestückt. Der KSV hat ihn für eine zweijährige Probephase befürwortet. Jetzt können also alle, die möchten, Nachrichten, Veranstaltungstipps und aktuelle Texte aus dem Kirchenkreis, den Gemeinden und Arbeitsgebieten im Abo bekommen – bitte machen Sie in Ihren Gemeinden und im Umfeld Werbung dafür. Mir persönlich ist es wichtig, damit eine weitere Möglichkeit zu haben, kirchliche Meinungen und Haltungen nachlesbar zu machen und damit eine unkomplizierte Möglichkeit öffentlicher theologischer Rede sozusagen am Tellerrand zu haben. Uns wäre es lieb, wenn Sie uns Feedback zum Newsletter insgesamt oder auch zu einzelnen Beiträgen und Rubriken geben würden – wie gesagt, das Projekt befindet sich in einer Probephase und der KSV muss irgendwann in 2020 darüber entscheiden, ob es dauerhaft weitergeht.

Auch auf der *Ebene der Landeskirche* verändert sich vieles: Mit dem synodalen Jahresrhythmus wird experimentiert, um die Synoden „arbeitnehmerfreundlicher“ zu machen; weiterhin wird in verschiedenen Arbeitsgruppen am „*Leichten Gepäck*“ gearbeitet; in der *Folge der Jugendsynode* gibt es Fördermittel für Erprobungsräume und neue Gemeindeformen und Ideen zur Partizipation besonders junger Menschen; die *Kirchensteuerverteilung*, die *Umlagen* und der *übersynodale Finanzausgleich* werden diskutiert; und die Frage „Wie wollen wir zukünftig Kirche sein?“ bewegt die Gemüter. Bei diesen wenigen Stichworten will ich es für diesmal belassen – ausführlich kommt die Landeskirche dann beim Pfarrkonvent nach der Landessynode im Januar zur Sprache.

In diesem Jahr der Veränderungen gibt es weitere *Personalia*, die ich nicht unerwähnt lassen möchte:

Die Wechsel in DW und Jugendreferat kamen schon vor.

Aus Ketzberg sind Sabine Büker-Benedens und Helmut Benedens im Frühjahr an die Mosel gewechselt – und man hört, es geht ihnen sehr gut dort! Die Vakanzvertretung nimmt bis zur Pfarrstellenbesetzung Pfr. Stephan Sticherling wahr. Für Dezember sind zwei Probegottesdienste angesetzt.

In Dorp wurden Raphaela Demski-Galla eingeführt und Klaus Hoffmann verabschiedet. Dort hilft in diesen Monaten Pfr. Görge Hasselhoff aus, solange Raphaela Demski-Galla nach der Geburt ihrer zweiten Tochter Jule noch im Mutterschutz ist.

Gunnar Krüger vertritt seit September bis auf weiteres einen Kollegen im Religionsunterricht an einem Berufskolleg in Wipperführth – die Vakanzvertretung in Ohligs nimmt ab Mitte November Pfr'in Bärbel Schweizer wahr.

Hartmut Schneider verlässt mit dem 31.12.19 die Gemeinde Wald, um einen anderen kirchlichen Dienst zu übernehmen. Kerstin Heider, die in Wald ihren Probendienst macht, übernimmt die Vakanzvertretung. Ihre Elternzeit nach der Geburt ihres Sohnes Jannis endet nach Weihnachten. Oliver Rolla, der jahrelang die Krankheitsvertretung für Hartmut Schneider gemacht hat, ist im Frühjahr in den KK Lennep verabschiedet worden.

Da immer dabei – unter dieses Motto haben wir in diesem Jahr unseren dritten *stadtweit gemeinsamen Reformationsgottesdienst* gestellt. Und in diesem Gottesdienst erstmals eine jubiläumsbedingte Ordinationserinnerung gefeiert. Auf die Idee sind wir in der Vorbereitung gekommen, weil die Landeskirche seit diesem Jahr Jubiläumsurkunden ausstellt und mir in die Sup.tur schickt, so dass ich anders als in den Vorjahren überhaupt auf Ordinationsjubiläen aufmerksam werde. Derartige Veränderungen treten immer zu einem Stichtag in Kraft, und während jetzt das neue Licht der Wertschätzung auf die einen fällt, sind andere im Schatten und erinnern sich daran, dass nach ihrem oft nur kurz zurückliegenden Jubiläum kein Hahn krächte. Das tut mir sehr leid, und darum möchte ich in diesem Jahr ausdrücklich allen Ordinierten, unabhängig von der Zahl der seither vergangenen Jahre, im Namen der ganzen Kirche danken: für ihren Dienst, für allen Einsatz und alle Treue. Danke!

Ich komme zum Schluss. Und erinnere an das heutige Datum. Wir haben den *9. November*. Es ist 30 Jahre her, dass die lange unüberwindlich scheinende innerdeutsche Mauer geöffnet wurde. Und es ist 81 Jahre her, dass lange unmöglich scheinende Menschenverachtung und tiefsitzender Antisemitismus sich in den Verfolgungen, Zerstörungen und Morden der Pogromnacht Bahn brachen. Der jüdische, kommunistische Redakteur Max Leven wurde in dieser Nacht in Solingen ermordet.

Und vor wenigen Tagen erinnerten wir an die Bombenangriffe auf Solingen am 4. und 5. November 1944, denen ungefähr 1900 Menschen zum Opfer fielen, Zivilisten, Zwangsarbeiter, Flüchtlinge. Im Chaos von Angst, Brand und Trümmern kam es zu Gewalt, Übergriffen und dem Mord an Kriegsgefangenen.

Leid und Verlust sollen erinnert und betrauert werden, unabhängig von Schuld oder Unschuld. Aber wer leidet, ist nicht per se unschuldig. Weder dürfen wir Menschengruppen ausschließen und vergessen, noch können wir mit der vergehenden Zeit Lebensgeschichten vereinheitlichen oder den Mantel des Schweigens über die politischen und persönlichen Zusammenhänge decken. Nichts ist im Nachhinein und für uns Erinnernde einfach.

Gerade darum ist es wichtig, die Zeit damals ernst zu nehmen und anzuerkennen, dass sie bis heute Folgen hat für einzelne Menschen, für Familien, für die Stadt. In jedem Jahr sollten die ersten Novembertage dafür da sein. Ich hoffe, viele von uns treffen sich heute Abend um 18.30 Uhr am Ort der früheren Synagoge an der Malteserstraße wieder.

Ich beende diesen Bericht mit einem Zitat von Karl Barth, das einigen aus dem Pfarrkonvent bei *den theologischen Mittagessen* unter dem Motto „Suppe und Barth“ bei mir zuhause im Frühjahr wichtig geworden ist:

„Wir haben *jedes menschliche Wesen*, auch das uns fremdartigste, verruchteste oder elendeste, darauf anzusehen und haben unter der Voraussetzung mit ihm umzugehen, daß auf Grund des ewigen Willensentscheides Gottes Jesus Christus auch *sein* Bruder, Gott selbst auch *sein* Vater ist. Wenn der Andere das schon weiß, dann haben wir ihn eben darin zu bestärken. Weiß er es noch nicht oder nicht mehr, so ist es unsere Sache, ihm dieses Wissen zu

übermitteln. Es gibt von der Erkenntnis der Menschlichkeit Gottes her keine andere Einstellung zu irgendeinem Mitmenschen als diese. Sie ist identisch mit der praktischen Anerkennung seines Menschenrechtes und seiner Menschenwürde. Verweigerten wir sie ihm, so würden wir eben damit auch unsererseits darauf verzichten, Jesus Christus zum Bruder und Gott zum Vater zu haben."

*(Barth, Karl, Die Menschlichkeit Gottes, Zürich 1956, S. 16)*

Das ist unsere Orientierung. Alles Weitere folgt daraus.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!